

energie +

Das Debattenmagazin der UNITI

MITTELSTAND

2—2015
2,50 EUR

Mindestlohn ohne Wert

Wie freie Unternehmer unter den neuen Regeln leiden

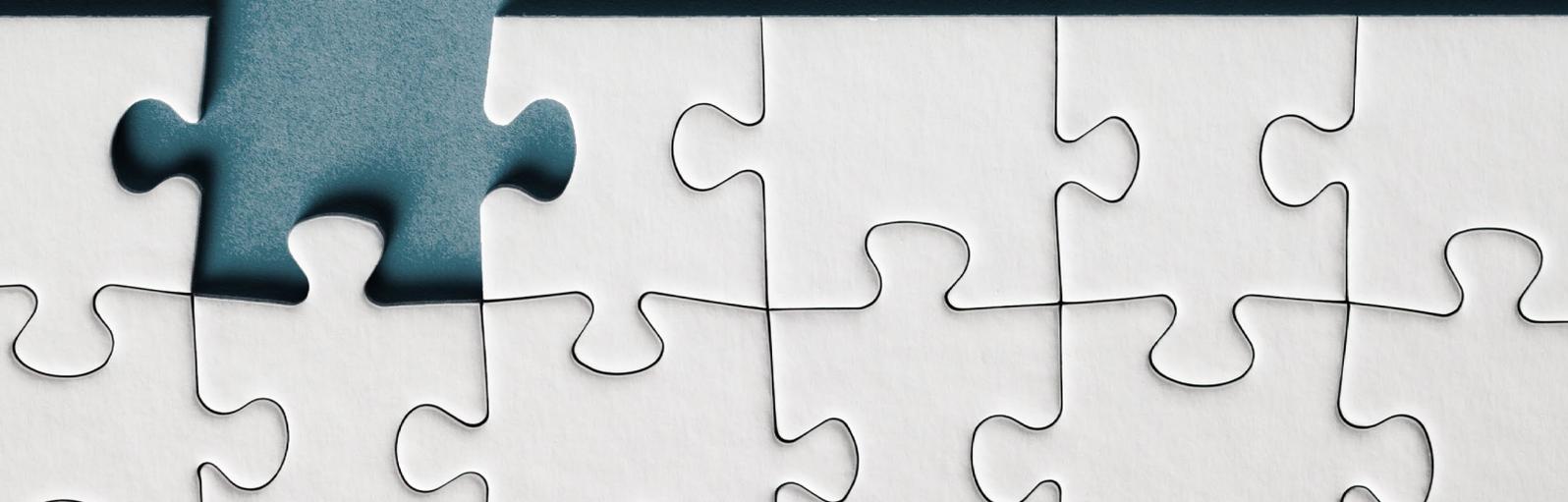
Umweltschutz ohne Sinn

Warum viele Maßnahmen eher schaden als nützen



NAPE light

GUTER PLAN MIT EINER SCHWACHSTELLE:
MIT DER STEUERLICHEN FÖRDERUNG FEHLT
DAS WICHTIGSTE PUZZLETEIL



WARUM PWM?

PWM®

ÜBER 40 JAHRE ERFAHRUNG & KNOW-HOW
INNOVATIVE LÖSUNGEN & KONZEPTE FÜR IHRE TANKSTELLE

Neben unserem KnowHow, liegen unsere Kernkompetenzen in den Bereichen Tankstellenpylone als Komplettsystem, Systemlieferant von Einbaumodulen für Individuallösungen, Profitboards® in Mono- sowie Fullcolor.



Ein Gesetz mit vielen Fehlern



Udo Weber,
Vorstandsvorsitzender von
UNITI Bundesverband
mittelständischer Mineralöl-
unternehmen e.V.



SCHREIBEN SIE UNS

Ob Kritik, Anregung oder Themenidee – wir haben ein offenes Ohr für Sie. E-Mail an dialog@uniti.de



Erfahren Sie mehr über UNITI. Um das Internetvideo auf Ihrem Handy oder Tablet anschauen zu können, benötigen Sie eine QR-Reader-Applikation. Scannen Sie das oben stehende Symbol mit Ihrer Handycamera und es öffnet sich automatisch der Multimedia-Inhalt.

Adjektive sind unscheinbare Wörter, die – bei falschem Gebrauch – sprachlich einigen Schaden anrichten können. So ist der „weiße Schimmel“ ebenso Unsinn wie der „große Riese“. Die Berliner Politik hat jüngst bewiesen, dass aber selbst ein korrekt verwendetes Eigenschaftswort Unheil stiften kann: Die Rede ist vom „flächendeckenden“ Mindestlohn.

Jeder muss von seiner Arbeit leben können – das ist das politische Ziel des neuen Mindestlohngesetzes und auch vollkommen richtig. Nun hat die Bundesregierung entschieden, dieses in Paragraphen zu gießen. Somit stellt sich nicht mehr die Frage, ob man für oder gegen eine Lohnuntergrenze ist. Sehr wohl aber jene danach, wie ein Mindestlohn zu ermitteln ist und für wen er gilt. Der Anspruch „flächendeckend“ hat allerdings jegliche Diskussion über regionale Unterschiede von Lebenshaltungskosten im Keim erstickt – was meiner Ansicht nach der gravierendste strukturelle Fehler des Gesetzes ist.

Vor allem in kaufkraftschwächeren Gebieten trifft das genau jene Menschen, die vom Mindestlohn profitieren sollten. Mittelfristig steigen dort die Preise für Waren und Dienstleistungen, weil Unternehmer höhere Lohnkosten an der Kasse aufschlagen werden. Spargelbauer, Friseur und Taxifahrer – um nur einige

Branchen zu nennen – haben das bereits angekündigt. Wer Mindestlohn bezieht, hat dann real sogar weniger Geld zur Verfügung als bislang.

Andere werden ihre Jobs verlieren. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, glaubt, dass der Mindestlohn mittelfristig bis zu 200.000 Arbeitsplätze kosten könnte. Vor allem geringqualifizierte Arbeitnehmer wird das treffen, denn auch für sie lässt das Gesetz keine Ausnahme zu. Ein Tankstellenpächter etwa muss dem Abiturienten, der sich mit Hilfsarbeiten in der Waschanlage am Wochenende ein paar Euro hinzuverdient, genauso 8,50 Euro zahlen wie der über Jahre eingearbeiteten alleinerziehenden Mutter im Verkaufsraum. Das wird dazu führen, dass viele Unternehmer ihre Serviceleistungen eindampfen, indem sie beispielsweise nicht mehr 24 Stunden öffnen, die Nachtschichten fallen weg.

Die Ermittlung eines Mindestlohns müsste grundsätzlich eine Aufgabe der Tarifparteien sein, und nicht der Politik. Dabei gälte es, die fachlichen Qualifikationen der Angestellten sowie regionale Unterschiede abzubilden.

Oder, um ein Adjektiv zu bemühen: Für die Mineralölbranche wäre das ein gerechtes Lohnmodell. ■



6

**Schwerpunkt
NAPE light**

Guter Plan mit einer Schwachstelle:
Mit der steuerlichen Förderung fehlt
das wichtigste Puzzleteil.



16

Unter Adlern

Warum das Mindestlohngesetz
für Tankstellenpächter einen
höheren bürokratischen Aufwand
bedeutet. Und existenzbedrohend
sein kann.

24

Grüne Märchenwelten

Wie sich die Öko-Bürokratie nach
30 Jahren Umweltgesetzgebung
in manchen Bereichen regelrecht
verselbstständigt hat.



5	• Hingeguckt	<i>Design-Heizkörper</i>
6	• Schwerpunkt	<i>NAPE light</i>
10	• Schwerpunkt	<i>Die Energiekolumne</i>
11	• Zur Sache	<i>Umweltschutz kurios</i>
16	• Zur Sache	<i>Unter Adlern</i>
20	• Kompakt	<i>Irrsinn in Irsching</i>
22	• Porträt	<i>Tüftler mit Weitblick</i>
24	• Zur Sache	<i>Grüne Märchenwelten</i>
26	• 60 Sekunden über ...	<i>Mangelhafte Energieausweise</i>

Moderne Geräte sind schick und sparsam
Der wichtige Steuerbonus fehlt weiterhin
Henning Krumrey über Ineffizienzpolitik
Warum manche Gesetze eher schaden als nützen
Weshalb der Mindestlohn Existenzen bedroht
Neues aus der Welt der Energie
Besuch bei der Bantleon GmbH in Ulm
Wenn Umweltschutz der Umwelt schadet
Der Pflichtpass wird noch selten genutzt

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V., Jägerstraße 6, 10117 Berlin, Elmar Kühn (V. i. S. d. P.) **CHEF VOM DIENST** Tobias Bott
CHEFREDAKTEUR Florian Flicke **REDAKTIONSLEITUNG** Axel vom Schemm **REDAKTION** Frank Burger, Florian Flicke, Ralf Kalscheur, Henning Krumrey, Jochen Lotzow,
Florian Sievers **ART DIREKTION** Periodical.de **BILDREDAKTION** Karin Aneser **VERLAG UND REDAKTIONSANSCHRIFT** corps. Corporate Publishing Services GmbH, ein
Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt, Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/54227-700, Fax 0211/54227-722, www.corps-verlag.de **VERLAGSGESCHÄFTS-**
FÜHRUNG Thorsten Giersch, Holger Löwe, Wilfried Lülsdorf **OBJEKTLEITUNG** Philipp Werthmüller **ANZEIGENLEITUNG** Tobias Bott, Tel. 030/755414-416 **DRUCK** Strube
Druck & Medien OHG, 34587 Felsberg **LITHO** TiMe GmbH **ADRESSÄNDERUNGEN** Tobias Bott, Tel. 030/755414-416, Fax 030/755414-366 **ISSN 2195-4445** Der Inhalt der Bei-
träge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Änderungen behalten wir uns vor.



Der Heizkörper „Square“,
 designt vom Hersteller
 Tubes Radiatori, ist nur
 22 Millimeter dick. Dank eines
 gerippten Heizpaneels an der
 Rückseite wird die Wärme
 gleichmäßig auf der gesamten
 Oberfläche verteilt.

Heizkörper können so schön sein. Nicht nur, weil sie für Behaglichkeit sorgen, sondern heutzutage auch den Wohnbereich veredeln können. Denn moderne Modelle haben oft mehr mit Designermöbeln gemein als mit den hässlichen Metallkolossen von anno dazumal. Bis vor wenigen Jahrzehnten waren großformatige Rippenheizkörper aus Grauguss die Norm und weit verbreitet. Diverse Hersteller haben sich aber längst auf stylische Varianten spezialisiert, unter anderem die Italiener von Tubes Radiatori aus der Nähe von Venedig. Eine sinnvolle Option für Modernisierer mit Blick fürs Schöne. Zudem können moderne Kompakt- oder Flachheizkörper mehr, als nur gut auszusehen: Sie funktionieren deutlich material- und energieeffizienter als die schwergewichtigen Vorgänger. So sorgen Niedrigtemperatur-Heizkörper schon mit 35 Grad warmem Wasser für Wärme, während ältere Heizkörper für die gleiche Heizleistung noch deutlich heißeres Wasser brauchen. Und einen weiteren ganz praktischen Nutzen bringen die Design-Heizer durch ihre Bauform mit. Lästige Wollmäuse, die der Staubsauger früher nur mit Spezialaufsätzen aus den Rippenzwischenräumen entfernen konnte, gehören nun auch der Vergangenheit an. (red)

NAPE light!

TEXT Jochen Lotzow

Nach vier Jahren Gezerre steht die steuerliche Förderung energetischer Sanierungen jetzt endgültig vor dem Aus. Dabei sind sich Regierung und Opposition eigentlich einig, genauso wie Industrie, Umweltverbände und die Wohnungswirtschaft: Ein Steuerbonus würde die Energiewende voranbringen. Wie ein Vorhaben scheitern konnte, das scheinbar nur Anhänger hat.



→

Alle Räder stehen still: Nach dem Scheitern der steuerlichen Förderung bleibt der erhoffte Boom auf dem Modernisierungsmarkt aus.



Sie wollen Ihre Frau mit einem Strauß Rosen überraschen? Oder Ihren Kindern ein Zwergkaninchen kaufen? Dann können Sie sich über eine üppige Unterstützung durch den Staat freuen. Der Bund gewährt Ihnen dafür nämlich einen großzügigen Nachlass bei der Mehrwertsteuer. Ebenso für Milch und Brot, Theaterbesuche und Bücher. Steuerrabatte sind ein gängiges Instrument, um politische Ziele durchzusetzen – um niedrige Preise für Lebensmittel oder für kulturelle Güter zu gewährleisten zum Beispiel. Auch wenn sich heute kaum mehr nachvollziehen lässt, wie es ausgerechnet Schnittblumen und Haustiere auf die Liste der privilegierten Produkte geschafft haben.

Da liegt es nahe, das Instrument der steuerlichen Förderung auch für eines der zentralen klima- und energiepolitischen Vorhaben Deutschlands zu nutzen – die Senkung des Primärenergieverbrauchs um 20 Prozent bis 2020. Seit vielen

Die CSU wollte offenbar den Sockelbetrag beim Handwerkerbonus zur Finanzierung der steuerlichen Förderung nicht akzeptieren. Thomas Oppermann, SPD-Fraktionschef im Bund, kolportierte Aussagen aus der CSU-Parteispitze, nach denen für den Fall, dass SPD und CDU die steuerliche Abschreibung allein durchsetzen, ein Bruch der Koalition gedroht hätte.



Jahren fordern Energieeffizienzexperten, Klimaschützer und Industrievertreter einmütig, mit Steuernachlässen Anreize für energetische Modernisierungen von Immobilien zu schaffen. Denn schließlich entfallen rund 40 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs auf Gebäude. Nirgendwo sonst lässt sich so einfach so viel Energie einsparen. Zum Beispiel in den Heizungskellern: Moderne Brennwertanlagen benötigen bis zu 30 Prozent weniger Öl oder Gas als Kessel, die schon 20 Jahre und länger ihren Dienst tun – bei mehr als 70 Prozent ist Letzteres der Fall.

Diese Botschaft ist längst in der Politik angekommen. Und das parteiübergreifend: Von der CSU bis zu den Grünen spricht sich eine große Mehrheit dafür aus, energetische Sanierungen mit



Geringer Aufwand, großer Nutzen:

Der Einbau eines modernen, hocheffizienten Brennwertkessels kostet nur wenige Tausend Euro, kann den Verbrauch aber um bis zu 30 Prozent senken.

einem Steuerbonus zu unterstützen. Die Bundesregierung will die Förderung, genauso wie die Opposition und die Länder. Auch Institutionen wie die Deutsche Energie-Agentur dena sowie zahlreiche Verbände setzen sich dafür ein.

Dennoch ist dessen Einführung jetzt krachend gescheitert – und zwar nicht zum ersten Mal. Bereits seit 2011 versuchen Bund und Länder vergeblich, sich auf ein solches Vorhaben zu einigen. Bei jeder Gelegenheit bekannnten sich politische Spitzenvertreter vollmundig zur Energiewende im Heizungskeller, schafften es aber vier Jahre lang nicht, den Worten auch Taten folgen zu lassen.

Bonus finanziert sich selbst

Einen ersten Versuch hatte die vormalige Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP im Juni 2011 unternommen. Das Konzept war Teil eines Gesetzespakets zu Atomausstieg und Energiewende, das der Bundestag zügig verabschiedete. Die vom Finanzausschuss des Parlaments geladenen Sachverständigen – unter anderem waren Experten des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), der KfW-Bank und des Deutschen Mieterbunds dabei – begrüßten das Vorhaben bei einer Anhörung trotz Kritik an Details einhellig.

Doch die schwarz-gelbe Koalition hatte die Rechnung ohne den Bundesrat gemacht. Der nämlich musste der Steuerförderung zustimmen, da die Einnahmeausfälle nach dem Entwurf der Bundesregierung zu mehr als der Hälfte auf das Konto

Einführung ist krachend gescheitert – schon wieder

Experten begrüßten das Vorhaben einhellig

Steuerrabatt keine Belastung für die öffentlichen Kassen

der Länder gehen sollten. In seinen Augen ein guter Grund, das Vorhaben abzulehnen. Dabei ließen sich die Vertreter der Bundesländer auch nicht von dem Argument überzeugen, dass der Steuerrabatt die öffentlichen Kassen de facto nicht belaste, da jeder Euro Förderung ein Vielfaches an Investitionen auslöse, was wiederum zu höheren Steuereinnahmen führe. Laut einer – allerdings erst 2014 erstellten – Studie der Universität Göttingen würde der Staat mit der ursprünglich geplanten steuerlichen Förderung netto sogar einen Überschuss in Höhe von 883 Millionen Euro jährlich erzielen. Der Bonus wäre also nicht nur energie- und klimapolitisch sinnvoll, sondern obendrein auch noch ein gutes Geschäft für die öffentlichen Kassen. Ein ganzes Jahr lang versuchten Bundestag und Bundesrat, im Vermittlungsausschuss einen Kompromiss zu finden. Vergeblich, denn beide Seiten beharrten auf ihren Positionen. Neue Hoffnung schöpften Energieeffizienzexper-

ten und Klimaschützer, als CDU, CSU und SPD im November 2013 ihren Koalitionsvertrag vorlegten: Schwarz-Rot versprach einen erneuten Anlauf zur Einführung des Steuerbonus. Mit dem im Dezember 2014 vom Kabinett verabschiedeten Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) wurde es dann konkret. Die Regierung kündigte an, dass Eigentümer selbst genutzter Wohnimmobilien ab 2015 zehn Jahre lang einen noch festzulegenden Prozentsatz ihrer Investitionen von ihrer Steuerschuld abziehen dürfen. Dabei sollte der Nachlass ausdrücklich nicht nur für Gesamtanierungen, sondern auch für Einzelmaßnahmen wie den Austausch des Heizkessels gewährt werden – um auch diejenigen Hausbesitzer zu Investitionen zu ermuntern, die sich eine Komplettanierung nicht leisten können oder wollen.

Rohrkrepieler statt „großer Durchbruch“

„Das ist ein großer Durchbruch nach einem viel zu langen, unnötigen Streit. Die steuerliche Förderung für energetische Modernisierungen ist ein wichtiges Klimaschutz- und Konjunkturpaket“, freute sich Christoph von Speßhardt von der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (Deneff).

Damit das Vorhaben nicht ein weiteres Mal am Widerstand der Länder scheitert, schlug die Bundesregierung vor, im Gegenzug den sogenannten Handwerkerbonus zu modifizieren, mit dem Reparaturen und ähnliche Dienstleistungen im Haushalt steuerlich gefördert werden. Doch die CSU scherte aus, die Bayern wollten die geplanten Abstriche beim Handwerkerbonus offenkundig nicht mittragen, weil sie einen Anstieg der Schwarzarbeit befürchteten.

Endgültiges Aus scheint besiegelt

Hildegard Müller, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) wählte klare Worte für die erneute Blockade: „Wir erleben den nächsten Akt eines Trauerspiels. Die Politik dokumentiert ihr klares Scheitern bei den Bemühungen, im Wärmemarkt Fortschritte zu erzielen. Hier werden erhebliche CO₂-Einsparpotenziale verschenkt.“ Ähnlich äußerten sich Vertreter von Industrie-, Klimaschutz- und Immobilienwirtschaftsverbänden. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) warf der Bundesregierung sogar vor, beim Klimaschutz handlungsunfähig zu sein.

Nun fällt wohl der Schlussvorhang für die steuerliche Förderung. Rainer Baake, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, teilte Mitte April auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion mit, dass die zuständigen Ministerien bis zum Herbst dieses Jahres eine neue „Effizienzstrategie Gebäude“ erarbeiten werden. Sie solle zeigen, wie die Einsparziele des Bundes im Ge-

Dirk Arne Kuhr ist Geschäftsführer bei UNITI und Experte für den Wärmemarkt.

MEINUNG

„WAS FEHLT, IST DER GEMEINSAME POLITISCHE WILLE“



Der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) bietet einen intelligenten Mix aus Beratung, Kommunikation und Aufklärung über

lohnende Effizienz- und Fördermaßnahmen. Das im NAPE gesetzte Ziel, „mehr Lust auf Energieeffizienz“ zu wecken, ist vom Grundsatz her hochinteressant, allerdings auch eine große Herausforderung. Der Heizkessel ist nun einmal nicht so emotional aufgeladen wie ein schnelles Auto oder eine schickes Badezimmer. Gerade deshalb gilt es Mittel und Wege zu finden, die vorhandenen Effizienzpotenziale mit ihrer hohen Rentabilität zu heben. Ein Ansatz, der im NAPE berücksichtigt und von zentraler Bedeutung für dieses Ziel war, hat es dann wieder einmal nicht bis zur Gesetzesreife geschafft: die Einführung einer attraktiven steuerlichen Förderkomponente zur energetischen Gebäudesanierung, einschließlich technologieoffener Einzelmaßnahmen.

Die Wirtschaft hat in ausreichender Menge Daten und Fakten zum überaus positiven volkswirtschaftlichen und klimapolitischen Effekt eines solchen Instruments geliefert. Zu dessen Verwirklichung fehlt es offenbar allein an der gemeinsamen Willensbildung in der Politik und den staatlichen Verwaltungsebenen. Es wäre eine gute Gelegenheit gewesen, ein wirksames und bürgernahes Anreizinstrument zur Effizienzsteigerung zu etablieren und – ganz nebenbei – eine energiepolitische Vorbildrolle, national und international, einzunehmen.

bäudebereich auch ohne Steuerförderung erreicht werden können. Zuvor hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann bereits eine Erhöhung der Fördermittel im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm anstelle einer Steuererleichterung ins Spiel gebracht. Aus diesem Topf finanziert der Bund unter anderem zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse der KfW-Bank.

Alexander Wiech vom Immobilieneigentümergeverband Haus & Grund sieht allerdings in einem Ausbau des Kreditangebots keine Alternative zum Steuerbonus. „Es gibt viele Hausbesitzer, die bewusst keine KfW-Kredite in Anspruch nehmen, da sie sich nicht oder nicht höher verschulden

wollen“, sagt Wiech. Er ist überzeugt: „Mit einer steuerlichen Förderung würden sich mehr Eigentümer für eine energetische Sanierung ihrer Immobilie entscheiden.“

Nach vier Jahren Gezerre steht die steuerliche Förderung von Effizienzmaßnahmen jetzt also endgültig vor dem Aus. Starrsinn und ein Mangel an Kompromissfähigkeit haben ein von vielen gesellschaftlichen Gruppen unterstütztes, wirtschafts- wie umweltpolitisch sinnvolles Konzept immer wieder verhindert. Man könnte meinen: Schnittblumen und Zwergkaninchen sind den politischen Entscheidern wichtiger als Klimaschutz und Energiewende. —

Schnittblumen und Zwergkaninchen wichtiger als Klimaschutz

Steuerbonus: Sinnvoller Anreiz fällt aus

Nachdem der Vorstoß für eine gezielte steuerliche Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen wieder gescheitert ist, bleibt alles beim Alten. Dabei ist das Steuerrecht bislang alles andere als modernisierungsfreundlich.

		G geplante Sanierungsmaßnahme	
		→ Austausch eines veralteten Heizkessels gegen ein modernes Öl- oder Gas-Brennwertgerät im selbst genutzten Wohneigentum → Investitionsvolumen: 10.000 €; davon 6.000 € Gerät und Material und 4.000 € Lohnkosten	
So bleibt es: Steuerabzug ohne steuerliche Förderung für die energetische Gebäudesanierung		So hätte es sein können Steuerabzug mit steuerlicher Förderung für die energetische Gebäudesanierung	
Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen gemäß § 35a Abs. 3 EStG*	Gescheiterte Modelle der steuerlichen Abzugsfähigkeit kompletter Sanierungsmaßnahmen		
	Vorschlag BMWi	Vorschlag der Fachverbände	
20 % der Lohnkosten im Jahr der Zahlung, maximal 1.200 € pro Jahr**	11 % der gesamten Investitionssumme auf 10 Jahre verteilt (entspricht 1,1 % pro Jahr)	30 % der gesamten Investitionssumme auf 10 Jahre verteilt (entspricht 3 % pro Jahr)	
20 % von 4.000 € = 800 € ^{1 ***}	11 % von 10.000 € = 1.100 € ¹	30 % von 10.000 € = 3.000 €¹	
Im 1. Jahr: 800 €	Im 1. Jahr: 110 €	Im 1. Jahr: 300 €	
2. Jahr: 0 €	2. Jahr: 110 €	2. Jahr: 300 €	
3. Jahr: 0 €	3. Jahr: 110 €	3. Jahr: 300 €	
4. Jahr: 0 €	4. Jahr: 110 €	4. Jahr: 300 €	
5. Jahr: 0 €	5. Jahr: 110 €	5. Jahr: 300 €	
6. Jahr: 0 €	6. Jahr: 110 €	6. Jahr: 300 €	
7. Jahr: 0 €	7. Jahr: 110 €	7. Jahr: 300 €	
8. Jahr: 0 €	8. Jahr: 110 €	8. Jahr: 300 €	
9. Jahr: 0 €	9. Jahr: 110 €	9. Jahr: 300 €	
10. Jahr: 0 €	10. Jahr: 110 €	10. Jahr: 300 €	

¹ Progressionsunabhängiger Abzug – das bedeutet, der Betrag mindert die Steuerschuld unmittelbar.

* Hat der Modernisierer ein zinsverbilligtes Darlehen oder sonstige öffentliche Fördermittel erhalten, fällt gemäß § 35a Abs. 3 S. 2 EStG der Steuerabzug weg.

** Der Maximalbetrag von 1.200 € gilt für alle Handwerkerleistungen im Kalenderjahr.

*** Sofern der Höchstbetrag bereits mit anderen Handwerkerleistungen ausgeschöpft ist, bleiben die Kosten für eine energetische Sanierung komplett unberücksichtigt.

INEFFIZIENZPOLITIK

Manchmal ist Politik paradox. Dann erzielt sie mit aller Regierungskunst genau das Gegenteil dessen, was sie erreichen wollte. Ein Beispiel der übelsten Sorte ist die sogenannte Effizienzpolitik, also der Versuch, Bürger und Unternehmen zum sparsamen Umgang mit Energie zu bewegen. Die jüngst wohl endgültig gescheiterte steuerliche Abschreibung für energetische Gebäudesanierung ist der traurige Schlusspunkt.

Mit ihrer Energiewendepolitik haben die Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte gleich dreifach versagt. Zunächst haben sie in einer ganz großen Koalition, an der bis auf die Linkspartei alle Bundestagsfraktionen beteiligt waren, den Umstieg auf die erneuerbaren Quellen genau falsch herum aufgezümt. Ökonomisch und ökologisch sinnvoll wäre es gewesen, zunächst alle Anstrengungen auf das Energiesparen zu lenken. Denn jede Kilowattstunde, die gar nicht benötigt wird, muss auch nicht erzeugt und transportiert werden. Das spart die Subvention überflüssiger Ökoanlagen sowie den Ausbau nicht erforderlicher konventioneller Reservekraftwerke und Leitungen. So aber wurden erst Einspeisevergütungen in dreistelliger Milliardenhöhe verursacht, dann der Bau nun benötigter Stromtrassen zerredet und schließlich eine Stütze für Reservekraftwerke diskutiert.

„Die Bundesregierungen haben gleich dreifach versagt.“

In dieser Legislaturperiode folgte nun endlich der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE). Bei dessen Umsetzung folgte Versagen Nummer zwei, denn die Debatten bis zur Entscheidungsfindung waren alles andere als effizient. Zwei Jahre hat allein das aktuelle Bündnis aus Union und SPD geschachert. Langsamer geht kaum. Und dann ist – Fehler Nummer drei – das Kernstück des NAPE auch noch am Veto

des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer gescheitert. Der CSU-Vorsitzende wollte den bisherigen Handwerkerbonus in der Einkommensteuer nicht zur Gegenfinanzierung der steuerlichen Förderung der Gebäudesanierung hergeben.

Dabei ist der Weg in die effiziente Energienutzung viel zu lang – aus unterschiedlichen Gründen. Die energetische Gebäudesanierung erreicht pro Jahr etwa ein Prozent der Immobilien – es würde also 100 Jahre dauern, den gesamten Gebäudebestand auf modernes Niveau zu heben. Die ehrgeizigen Spar- und Klimaziele, zu der sich alle Bundesregierungen seit dem Erdgipfel 1992 in Rio verpflichtet haben, sind so jedenfalls nicht zu erreichen.

Denn die Bürger zögern selbst beim Einbau einer sparsameren Heizung, die sich innerhalb von wenigen Jahren amortisiert. Superdichte Fenster und aufwendige Fassadendämmung sind oft ein Zuschussgeschäft. Und bei Mietwohnungen ist das Dilemma zu überwinden, dass der Hauseigentümer investieren soll, während der Bewohner die Einsparung bei den Betriebskosten einstreicht. Ohne Mieterhöhungen funktioniert das nicht – nur populär sind sie nicht.

Deshalb kommt der Staat nicht um die Subvention in Form der Sonderabschreibung herum, um das Sanierungstempo zu steigern. Schließlich ist die Finanzgeschichte voll von Beispielen dafür, dass der Deutsche auf mögliche Steuerersparnis eifrig reagiert – koste es, was es wolle.

Zumal die zinsverbilligten Förderprogramme der KfW angesichts minimaler Kreditzinsen kaum noch etwas bringen; die Bank gibt inzwischen Zuschüsse dazu.

Paradox: Während den Häuslebauern eingetrichtert wird, dass der Kauf einer neuen Heizung stets ein Schnäppchen sei, verweigern Industrie und Gewerbe die Umrüstung selbst bei Motoren und Anlagen, wenn die Kosten bereits nach drei Jahren wieder eingespielt sind. Eine Förderung in solchen Fällen widerspräche dem Geiste der Marktwirtschaft nun völlig. Auch hier also muss sich die Regierung zwischen ihren sich widersprechenden Zielen entscheiden: Klimaschutz, Standortbedingungen, Haushaltssanierung.

Unterm Strich bleibt: Dieses Scheitern hätte sich die Bundesregierung gerne sparen können. ■



HENNING KRÜMREY,
Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und Politikwissenschaft in Berlin und Köln und absolvierte die Kölner Journalistenschule. Seit 2009 ist Krümrey stellvertretender Chefredakteur der *Wirtschaftswoche* und Experte für Energiethemata.



Umweltschutz mit Nebenwirkungen

TEXT Ralf Kalscheur

Windenergie funktioniert auch mithilfe von Dieselmotoren und Kartenspielen. Das Wirtschafts- und das Umweltministerium schieben sich Steuergeld von der linken in die rechte Tasche. E-Bike-Fahrer sollten besser Vorsicht beim Alkoholgenuss walten lassen. Der Wasserverbrauch ist ohnehin viel zu niedrig in Deutschland. Ein Blick auf absurde Verordnungen zum Umweltschutz.

Bevor Deutschlands erste Offshore-Windenergieanlage „Alpha Ventus“ vor fünf Jahren in den Betrieb gehen konnte, musste noch ein dringendes Problem gelöst werden. Ein Dutzend Behörden hatte sich im Rahmen der Genehmigungsprozesse schon mit den Hightech-Türmen 45 Kilometer vor der Nordseeinsel Borkum befasst. Alle wichtigen Fragen der Sicherheit und

Seetüchtigkeit rund um das Pionierprojekt schienen bis ins letzte Detail geklärt. Auch die Tierwelt hatte man im Verordnungsverfahren nicht vergessen, denn es macht sich nicht gut, wenn eine als ökologisch einwandfrei propagierte Zukunftstechnologie mit riesigen Rotorblättern Vögel erschlägt. Nur beim Faktor Mensch bestand abschließend noch bürokratischer Bearbeitungsbedarf.

Von Zeit zu Zeit müssen die Mühlen im Meer bedient und gewartet werden. Was ist, wenn die Männer während der Arbeit mal aufs Klo müssen? Und sollten getrennte Toiletten in der Gondel vorgehalten werden, falls eine Monteurin im Team ist? Das sind Fragen, die in den Bereich des Arbeitsschutzes fallen, über den in Deutschland die Berufsgenossenschaften wachen. Gleich drei davon sahen sich um Expertise in dieser heiklen Sache gefragt: die Berufsgenossenschaft See, die für Feinmechanik und Elektrotechnik sowie die für Handel und Warendistribution. Der *Spiegel* berichtete damals, dass die Fachleute mitsamt Gutachtern und Herstellern in Hamburg, Köln, Husum, Berlin und Aurich tagten, um schließlich die 94 Seiten starke „Berufsgenossenschaftliche Information zur Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit“ rund um den im Querschnitt nur sechs Meter messenden Arbeitsplatz präsentieren zu können.

Widersprüche am Horizont

Die Exkremamente im Meer zu verklappen, passt nicht recht ins saubere Bild von der Windenergie. Darum einigte sich eine mit der Klofrage abschließend betraute Runde aus Windparkbetreibern und Vertretern des Bundesumweltministeriums auf mobile Chemietoiletten; eine pro Gondel. Geregelt wurde von den Berufsgenossenschaften ferner, dass Schlafsäcke, Heizlüfter, Fertiggerichte und eine Erste-Hilfe-Ausrüstung samt Defibrillator im wasserdichten Behältnis vorgehalten werden müssen. Doch nicht nur für den Stich in der Brust tragen die Experten Sorge. Es ist Vorschrift, dass jedes Offshore-Windrad mit einem Kartenspiel ausgestattet ist. Es könnte ja mal ein Sturm aufkommen, der die Abreise verzögert. Da aus Sicherheitsgründen immer mindestens zwei Monteure vor Ort sind, ist somit auch die kleine Pokerunde in luftiger Höhe vorsorglich geregelt.

Weniger Weitblick zeigten die Konstrukteure indes beim Korrosionsschutzsystem weiter unten, in der Unterwasser- und Spritzwasserzone der Türme. Das hat üble Umweltfolgen, prognostiziert der Fachausschuss für Korrosionsfragen der Bundesanstalt für Wasserbau. Der Ausbau der Offshore-Windparks wird in den nächsten Jahren dazu führen, dass Tausende Tonnen umweltschädlicher Metallverbindungen, vor allem das Anodenmaterial Aluminium, in die Nord- und Ostsee abgegeben werden. Dass Windräder bis zu ihrem Netzanschluss sogar die Luft verschmutzen, ist eine weitere kuriose Volte der Ökoenergie. Dieselbetriebene Aggregate müssen die Kühlungs- und Korrosionsschutzsysteme mit Strom am Laufen halten, sonst nimmt die sensible Technik der Anlage in salziger Luft Schaden. 22.000 Liter Diesel verbrauchten die 30 Windräder des ersten



BEI STURM: POKERN



Kartenspielpflicht

Die Berufsgenossenschaft schreibt vor, dass jedes Offshore-Windrad mit einem Kartenspiel ausgestattet ist. Es könnte stürmen, sodass sich die Abreise verzögert.

Die Exkremamente im Meer zu verklappen, passt nicht recht ins saubere Bild von der Windenergie.



ZANKAPFEL OFFSHORE-WCS



Windiges Örtchen

Vetreter der Windparkbetreiber und des Bundesumweltministeriums einigten sich nach langer Diskussion auf mobile Chemietoiletten – eine pro Gondel.



deutschen kommerziellen Offshore-Windparks „Riffgat“ bis zur Anbindung. Pro Monat.

Verirrt im Regelwald

Man muss nicht hinaus aufs weite Meer schauen, um weitere absurde Beispiele der Umweltgesetzgebung zu entdecken. Wer sich etwa für die Strom- und Wärmeerzeugung in den eigenen vier Wänden entscheidet, kann die Widersprüche in der Umweltpolitik auch aus nächster Nähe erleben. Anfang 2015 ist die Novelle des Mini-KWK-Impulsprogramms in Kraft getreten, mit der die Zuschüsse für neue Anlagen in Bestandsbauten angehoben werden. Mini-Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit einer Leistung von 10 bis 20 Kilowatt werden vom Bundesumweltministerium mit einem einmaligen Investitionszuschuss gefördert, der von den Betreibern der Anlage nicht zurückgezahlt werden muss. Durch die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) werden die gleichen Betreiber jedoch bestraft und mit 30 Prozent der EEG-Umlage belastet. Das Bundesumweltministerium fördert also mit Steuergeldern eine Maßnahme, die dann vom Bundeswirtschaftsministerium wieder mit einer „Sonnensteuer“ genannten Öko-Abgabe belegt wird. Das Geld wandert von der linken in die rechte Tasche, nur der Umweltschutz kommt nicht vom Fleck.

Entkommen kann der Bürger den organisierten Zumutungen und Bevormundungen nicht, auch wenn er noch so kräftig in die Pedale tritt. Erst recht nicht, wenn er auf einem E-Bike unterwegs ist und Alkohol getrunken hat. Denn für E-Bike-Modelle, die bis zu 45 Stundenkilometer erreichen und auch ohne Muskelkraftunterstützung gefahren werden können, gelten dieselben Promillegrenzen wie für Kraftfahrzeuge. Ganz gleich also, ob ein Fahrer sich auf dem E-Bike-Sattel oder am Steuer eines tonnenschweren Geländewagens der Monstermarke Hummer erwischen lässt: Wer mit einer Blutalkoholkonzentration ab 0,5 Promille im Straßenverkehr gestoppt wird, muss mit Geldbuße und Fahrverbot rechnen.

Sogenannte Pedelecs mit Tretunterstützung hingegen gelten verkehrsrechtlich als Fahrräder, und nicht als Kraftfahrzeuge. Auch dann, wenn sie mit einer Anfahrhilfe ausgestattet sind, also ebenfalls selbsttätig fahren können. Ihre maximal 250 Watt starken Motoren bringen das Gefährt auf eine Höchstgeschwindigkeit von 25 Stundenkilometern, die Anfahrhilfe darf jedoch nur bis 6 Stundenkilometer erreichen. Wer sich nach feuchtfröhlicher Geselligkeit auf den auch juristisch sicheren Heimweg machen möchte, sollte also nicht nur sein Auto, sondern im Zweifel auch das E-Bike stehen lassen. Für elektrisierte Pedelec-Fahrer sind Blutalkoholwerte bis 1,6 Promille nicht verboten, erst darüber gelten sie als fahruntauglich.



BIER UND BIKES: WAS ERLAUBT IST



Nüchtern betrachtet ...

E-Fahrrad ist nicht gleich E-Fahrrad. Wer ein Modell fährt, das bis zu 45 Stundenkilometer erreicht und auch ohne Muskelkraftunterstützung gefahren werden kann, muss die 0,5-Promille-Grenze für Kraftfahrzeugfahrer einhalten. Wer mit einem Pedelec radelt, die maximal 25 Stundenkilometer schnell sein dürfen, darf bis zu 1,6 Promille weiterfeiern, weil das Gefährt verkehrsrechtlich als Fahrrad gilt.



Entkommen kann der Bürger den organisierten Zumutungen und Bevormundungen nicht, auch wenn er noch so kräftig in die Pedale tritt.



WASSERSPAREN MIT FOLGEN



Frischwasser in den Gully

Deutschlands Entsorgungsbetriebe müssen mit Tankwagen anrücken, um die Netze zu spülen. Allein in Berlin gehen so eine halbe Million Liter Frischwasser in den Gully – pro Tag.



PET-FLASCHEN



Plastik verdrängt Glas

Mit der Einführung des Dosenpfands hat die PET-Flasche die besser wiederverwertbare Glasflasche an den Rand der Supermarktregele gedrängt.

ROLLENFRAGE



Pappe in die gelbe Tonne?

Ja, denn eine Toilettenrolle stellt laut Verordnung eine Verpackung dar, nachdem das Klopapier abgerollt worden ist.



Inhalt von 3.500 Badewannen in den Gully

Gesundheitlich ist es ohnehin besser, beim Wasser zu bleiben. Leider hat ein weit verbreiteter Umweltschutz-Mythos dafür gesorgt, dass die Deutschen viel zu wenig davon verbrauchen. Armaturenhersteller werben mit wassersparenden Düsen und Funktionen. Eltern mahnen ihre Kinder, beim Zähneputzen das Wasser nicht so lange laufen zu lassen. Das ist aus Kostengründen nachvollziehbar, schließlich ist Frischwasser teuer. Der Umwelt hilft aber niemand, der Wasser spart, denn Deutschland ist reich gesegnet, wenn es um das kostbare Nass geht. An Regen herrscht hierzulande wahrlich kein Mangel. In den vergangenen 20 Jahren ist der Wasserverbrauch trotzdem um fast die Hälfte zurückgegangen. Das hat zur Folge, dass die Abwasserkanäle in den Städten verstopfen und verkeimen. Mitarbeiter der Entsorgungsbetriebe müssen mit Tankwagen anrücken, um die Netze zu spülen. Allein in Berlin gehen so eine halbe Million Liter Frischwasser pro Tag direkt in den Gully – das entspricht etwa dem Inhalt von mehr als 3.500 Badewannen.

Beim Blick aufs abgefüllte Wasser wird die verfahrenere Umweltschutzsituation leider auch nicht durchsichtiger. Im Zuge der Einführung des Dosenpfands hat die PET-Flasche ihren Siegeszug angetreten und die ökologisch perfekt wiederverwertbare Glasflasche an den Rand der Supermarktregele gedrängt. Nicht alle PET-Flaschen sind Mehrwegflaschen; die meisten sind Einwegprodukte, die aber dennoch Pfandflaschen sein können. Für eine PET-Mehrwegflasche gibt es 15 Cent Pfand zurück (in Ausnahmefällen auch 25 Cent), für die Einwegflasche 25 Cent. Zumindest ist allseits bekannt, dass die pfandfreie PET-Einwegflasche in die gelbe Tonne gehört. Vor den bis zu sechs verschiedenfarbigen Tonnen werden die Verbraucher üblicherweise vor deutlich schwierigere Mülltrennungsentscheidungen gestellt.

Überraschende Verpackungen

Vielleicht hilft ein Blick in die „Richtlinie 2013/2/EU der Kommission vom 7. Februar 2013 zur Änderung von Anhang I der Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Verpackungen und Verpackungsabfälle“. Darin wird geregelt, was als Verpackungsmüll gilt und daher gesondert entsorgt werden muss. Die Experten haben herausgefunden, dass eine Toilettenrolle eine Verpackung darstellt, nachdem das Klopapier abgerollt und seiner Bestimmung zugeführt worden ist. Die Papprolle gehört somit in den gelben Sack oder die gelbe Tonne des Hausmülls.

Aus Verbrauchersicht nicht minder überraschend wird mit der Richtlinie geregelt, dass auch Kleiderbügel als Verpackung gelten können. In dieser Angelegenheit sind die europäischen Sach-

IM BÜGEL VERPACKT



Was ist ein Kleiderbügel?

Kleiderbügel, die zusammen mit einem Kleidungsstück verkauft werden, sind im Sinne der EU-Richtlinie Verpackungen – und gehören in die gelbe Wertstofftonne. Alle sonstigen Kleiderbügel müssen im Restmüll landen.

Entsorgungsdetailfragen hat der Bundestag in der „Sechsten Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung“ geklärt.

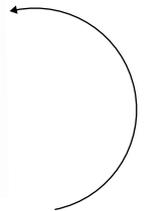
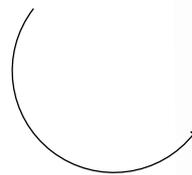
bearbeiter jedoch zu einer differenzierten Betrachtung gelangt: Kleiderbügel, die getrennt von einem Kleidungsstück verkauft werden, sind ihrem Produktwesen nach nichts als Kleiderbügel. Die Bügel jedoch, die zusammen mit einem Kleidungsstück verkauft werden, sind im Sinne der Richtlinie Verpackungen. Sie gehören darum in den gelben Sack. Die unbedeckten Bügel kommen hingegen in die Restmülltonne. Irrsinnig, aber wahr: Die beiden bürokratisch deklarierten „Bügelarten“ können in Form und Material absolut identisch sein. Verbraucher, die bei der Mülltrennung alles richtig machen möchten, sind daher gut beraten, ihre Kleider- und Verpackungsbügel nach dem Einkauf unterschiedlich zu markieren.

Diese und weitere Entsorgungsdetailfragen hat übrigens der Bundestag im April 2014 in der „Sechsten Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung“ im Nachgang zur EU-Richtlinie geklärt. Bislang unschlüssige Verbraucher können sich seitdem darauf verlassen, dass ein Blumentopf, in dem „die Pflanze während ihrer Lebenszeit verbleibt“, nicht als Verpackung gilt. Für „Blumentöpfe, die nur für den Verkauf und Transport von Pflanzen bestimmt sind“, heißt es hingegen: gelber Sack. Kaffeekapseln, in denen nach dem Brühvorgang noch Kaffeerest enthalten ist: Restmüll. Leere Kapseln: gelber Sack. Es ist zum Wegwerfen. Dass sich immer mehr Menschen in Deutschland nicht die Bohne für den gelben Sack interessieren, wie eine Studie der Hochschule Fulda ergab, nimmt daher nicht wunder. Ein Gutteil des sorgsam getrennten Abfalls wird ohnehin im selben Ofen landen.

Häusle bauen, zwangsbegrünt

Gern dem Feuer überlassen würde die Opposition im Stuttgarter Landtag auch die neue Landesbauordnung. Die Novelle wurde im November 2014 mit den Stimmen von Grün-Rot verabschiedet und schreibt vor, dass für jede Wohnung zwei geeignete wettergeschützte Fahrradstellplätze zu errichten sind. Dafür muss der Bauherr aufkommen, ob er gern Rad fährt, oder nicht. Es darf als zweifelhaft erachtet werden, ob diese Zwangsmaßnahme dazu führt, dass künftig mehr Menschen mit dem Drahtesel fahren. Überdies werden die Bauherren angewiesen, ihr Heim zu begrünen. Wenn sie dafür kein geeignetes Grundstück haben, müssen – kein Witz – die Dächer oder Fassaden zur Bepflanzung herhalten.

Die grün-rote Landesregierung will Dachgärten, Rasendächer und kletternden Efeu an baden-württembergischen Fassaden sehen. Die ökologisch geforderte Dämmung sollte den Haftwurzeln des Efeus auf lange Sicht besser kein Durchkommen erlauben, sonst wird es im Scha-



densfall teuer. Auch die Pflege der unermüdlich rankenden Pflanzen gilt es im Budget zu berücksichtigen. Insbesondere dann, wenn das Mehrfamilienhaus mehrere Stockwerke hoch ist. Die grünen Auflagen können die Baukosten beträchtlich erhöhen. Schon vor der grünen Novelle haben die Quadratmeterpreise für Neubauten im Ländle Spitzenwerte erreicht. Das schöne, grüne Wohnen wird auch Mieter teuer zu stehen kommen. Ihre Fahrräder aber werden von der Politik nicht im Regen stehen gelassen. ■



RESTMÜLL?



Material spielt keine Rolle

Kaffeekapseln aus Aluminium, in denen nach dem Brühvorgang noch Kaffeerest enthalten ist, sind: Restmüll!



UNTER ADLERN

TEXT Florian Flicke ILLUSTRATION Mitja Kurzendörfer by Marsha Heyer Illustratoren

Seit Januar 2015 greifen die strengen Vorschriften des Mindestlohngesetzes auch an Tankstellen. Für Betreiber und Pächter wie Ulrich Verbrüggen bedeutet das erhöhten bürokratischen Aufwand bei weiter sinkenden Margen. Die Existenz vieler Betriebe ist bedroht.

Geht es nach Yasmin Fahimi, dann ist Ulrich Verbrüggen entweder „ein Gauner“ oder „doof“. Diese zwei mehr als unfreundlichen Worte hat die SPD-Generalsekretärin für all jene Unternehmer übrig, die Probleme mit dem Ausfüllen der neuen Stundenzettel für den Mindestlohn haben. Nun, wie ein Gauner sieht Ulrich Verbrüggen nicht aus. Auch einen geistig verkümmerten Eindruck hinterlässt der 60-Jährige, der im Kölner Westen eine der größten Westfalen-Stationen der Republik betreibt, keineswegs.

Der hünenhafte Mann ist ein mittelständischer Unternehmer par excellence und als Spross einer Tankstellenfamilie „seit fast einem halben Jahrhundert mit der Zapfsäule verheiratet“. Nach Stationen als Betreiber und später Pächter bei konkurrierenden Marken arbeitet Verbrüggen seit Herbst 2007 unter der Westfalen-Flagge. Erst mit einer Station in Bornheim bei Bonn und seit gut fünf Jahren nun an der Station in Köln-Bocklemünd, die 2010 zur „Tankstelle des Jahres“ gekürt wurde. 60 bis 70 Stunden pro Woche verbringt er dort, unterstützt im Büro von seiner Ehefrau und weiteren 16 Mitarbeitern im Dreischichtbetrieb, darunter 14 Vollzeitkräften und einem Auszubildenden. „Meinen Angestellten

zahle ich mehr als 8,50 Euro pro Stunde – und das schon lange vor Einführung des Mindestlohngesetzes“, sagt Verbrüggen. „Ich brauche gute und motivierte Leute.“

Riesenumsatz, minimale Provision

Er wird es sich – anders als etwa ein Tankstellenpächter im strukturschwachen Mecklenburg-Vorpommern – auch leisten können, mag man einwenden. Auf Außenstehende wirkt Verbrüggens 24-Stunden-Station wie die eierlegende Wollmilch-Cash-Cow: direkt an der viel befahrenen Autobahn 1 gelegen, dazu an einer stark frequentierten Ein- und Ausfallstraße, die das Kölner Zentrum mit seinen westlichen Vororten verbindet. Rund 2.100 Gäste tanken dort täglich ihre Autos, Lkw oder Motorräder, waschen die Fahrzeuge, kaufen Zeitschriften, geben ihre Hermes-Pakete und Lottoscheine ab oder setzen sich für einen Kaffee und einen Muffin in das Bistro im Innenraum der Station.

Doch wer mit dem 60-Jährigen, der nach eigenen Worten „noch drei bis fünf Jahre arbeiten will beziehungsweise muss“, offen über Zahlen redet, erfährt schnell, dass die betriebswirtschaftliche Realität weit weniger strahlt als die Leuchtschrift auf dem Preismast. „Von einem Liter verkauften Benzins bleibt mir



„Wer es als Arbeitgeber nicht schafft, einen Stundenzettel ordentlich auszufüllen, ist entweder ein Gauner – oder schlichtweg zu doof.“

Yasmin Fahimi,
SPD-Generalsekretärin

GUT GEMEINT,

SCHLECHT GEMACHT

Das Mindestlohngesetz gefährdet nach einer Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft langfristig bis zu **570.000 Arbeitsplätze**. In den neuen Bundesländern könnte die Beschäftigung von Arbeitnehmern ohne Berufsabschluss um **7,4 Prozent** sinken, in den alten Bundesländern um **3 Prozent**. In Ostdeutschland könnte **fast jede vierte Stelle** für Geringqualifizierte wegfallen. Schon heute sieht laut Deutschem Industrie- und Handelskammertag **jedes zweite Unternehmen** in den neuen Bundesländern hohe Lohnkosten als größtes Risiko fürs eigene Geschäft.



„Die Margen der Tankstellenbetreiber leiden. Diese Botschaft muss auch in Berlin ankommen.“

Antje Lezius,
CDU-Bundestagsabgeordnete

gerade ein Cent Provision“, rechnet Verbrüggen vor. Es sind vor allem die Extras – vom Verkauf von Brötchen sowie von Softgetränken, Chips oder Eis –, mit denen Verbrüggen sein Geld verdient. Für dieses Geld übernehmen er und seine Mitarbeiter aber zusätzlich viele unbezahlte Staatsaufgaben: „Wir sind die billigsten Steuereintreiber Deutschlands“, meint der Rheinländer mit einem Anflug von Sarkasmus. In Form der Mineralölsteuer über die Mehrwertsteuer, die Einkommen- und Körperschaftsteuer bis hin zu Gewerbe-, Tabak- oder Schaumweinsteuer verdienen die Finanzbehörden von allen Verkäufen an der Station prächtig mit.

„Ende der Fahnenstange erreicht“

Durch die flächendeckende Lohnuntergrenze von 8,50 Euro pro Stunde gerät die ohnehin fragile Kalkulation vieler Pächter und Betreiber weiter unter Druck: Verbrüggens Lieferanten haben infolge des Mindestlohns ihre Preise merklich erhöht – er selbst kann dies aber nicht eins zu eins an seine Kunden weiterreichen, weil „bei vielen Produkten das Ende der Fahnenstange bereits erreicht“ sei. Verbrüggen nennt das Beispiel Red Bull: Zu

diesem Aufputschdrink greifen partyfreudige Jugendliche genauso wie übermüdete Bürohengste. Rund 500 Dosen pro Woche verkauften Verbrüggens Mitarbeiter vor Einführung des Mindestlohns. Zum Jahreswechsel erhöhte der Lieferant, mit Verweis auf das neue Gesetz, den Preis pro Dose um satte 17 Cent. Verbrüggen versuchte, das an die Kunden weiterzugeben. Folge: Der Umsatz blieb trotz höheren Dosenpreises gleich, Stückzahl und Gewinn gingen entsprechend zurück.

„Großes Tankstellensterben“

Der Koffein-Drink ist kein Einzelfall. „Angesichts der großen Konkurrenz durch SB-Bäckereien, Baumärkte oder Discounter mit Öffnungszeiten bis spät in die Abendstunden können wir höhere Einkaufspreise als Folge des Mindestlohns kaum mehr von der Kundschaft zurückholen. Unsere ohnehin dürftigen Margen erodieren weiter“, klagt Unternehmer Verbrüggen. Sollte sich an der Situation nichts ändern, befürchtet er binnen Jahresfrist ein „großes Tankstellensterben“. Dass viele Tankstellen kämpfen müssen, weiß man auch im Deutschen Bundestag. Zumindest Antje Lezius: Die frühere Tankstellenunternehmerin sitzt seit dieser Legislaturperiode für die CDU im Parlament: „Die Margen der Tankstellenbetreiber leiden. Diese Botschaft muss auch in Berlin ankommen“ (siehe dazu das Interview auf Seite 19).

Weniger Marge für mehr Arbeit:

Das ist das ernüchternde Min-Max-Prinzip aus Sicht der Branche. Für Tankstellenunternehmer Verbrüggen und seine Kollegen bedeutet das Mindestlohngesetz viel unvergütete Mehrarbeit. „Rund einhalb Stunden“ ist er wöchentlich jetzt damit beschäftigt, die Arbeitszeiten seiner Mitarbeiter fein säuberlich für die Behörden aufzubereiten. „Noch war der Zoll nicht hier. Aber der kommt bestimmt“, ist er sich sicher. Der Mann hat ein reines Gewissen. Das gilt auch für seine Vertragspartner, für die Verbrüggen ebenfalls bürgen muss. „Nach aktuellem Stand müssen Unternehmer auch dafür haften, dass ihre regelmäßigen Subunternehmer, wie etwa Spediteure, den Mindestlohn zahlen. Andernfalls drohen Bußgelder in Höhe von bis zu 500.000 Euro, die auch dem Auftraggeber auferlegt werden können“, warnt UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn. ■

INTERVIEW

ANTJE LEZIUS

„VERBESSERUNGSBEDARF IM DETAIL“

Unternehmerinnen gehören im Deutschen Bundestag der Minderheit an. Frühere Tankstellenchefinnen gibt es gar nur eine. Antje Lezius (CDU) über ihren Wechsel in die Politik, die Tankstelle als soziale Begegnungsstätte und den Mindestlohn.

? Seit gut anderthalb Jahren sitzen Sie für die CDU im Deutschen Bundestag. Wie fühlen Sie sich dort als eine der wenigen Exunternehmerinnen?

— Ich bin angekommen. Für eine selbstständige Unternehmerin ist es nicht leicht, sich im politischen Berlin einzufinden. Alles ist im Stundentakt durchorganisiert: Debatte im Plenum, Ausschusssitzung, Fraktionstreffen. Ich bin froh, dass im Plenum nicht nur Beamte, allen voran Lehrer, sitzen. Dennoch sind noch immer zu wenige Unternehmerinnen und Unternehmer im Parlament – was auch mit den weit besseren Einkommensmöglichkeiten zusammenhängt, die sich Ihnen als Unternehmer oder Freiberufler bieten.

? Welche Erfahrungen aus der Zeit an der „Tanke“ können Sie noch nutzen?

— Es ist nicht nur die Zeit an der Tankstelle, sondern mein gesamter beruflicher und persönlicher Weg, der mir jetzt zugute kommt. Bis heute prägt mich meine Kindheit und Jugend in einem familiengeführten Unternehmen. Wir hatten neben der Tankstelle noch ein Autogeschäft. Bei uns gab es stets eine Siebentageweche. In dem Familienbetrieb waren ganz verschiedene Tätigkeiten gefragt – von der Kalkulation über die Personalführung bis hin zu millionenschweren Investitionsentscheidungen. Vor allem habe ich dort gelernt, auf Menschen aller Schichten zuzugehen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. An der Tankstelle sind alle gleich.

? Welches politische Thema brennt Ihnen besonders unter den Nägeln?

— Ganz entscheidend sind der demografische Wandel und seine Folgen. Das spürt besonders eine Region wie mein Wahlkreis Kreuznach in Rheinland-Pfalz. Gerade Tankstellen sind im ländlichen Raum weit, weit mehr als reine Lieferanten von Diesel oder Super. Sie sind soziale Begegnungsstätte. Dort treffen die Brötchen holenden Rentner auf die Jugend, die morgens aus der Disco kommt.

? Die Idylle bekommt jetzt aber Risse.

— Richtig. Es gibt immer weniger Bürger im ländlichen Raum, zugleich wächst die Konkurrenz. Brötchen gibt es heute selbst im Baumarkt oder Gartencenter. Vom Liter Benzin und einer Marge von vielleicht 0,7 Cent bis im äußersten Fall zwei Cent kann kein Unternehmer überleben. Das funktioniert nur über zusätzliche Angebote. Daher müssen Tankstellen weiter auf Innovation setzen.



? Und just in dieser schwierigen Situation wirft die Politik den Betreibern mit dem Mindestlohn einen neuen Stock in die Räder?

— Ich habe viel Verständnis für Bedenken, aber – das sage ich klipp und klar – auch manches Unverständnis. Das betrifft etwa die Klage über den angeblich zu hohen Aufwand für die Zeiterfassung. In unserer Tankstelle in Idar-Oberstein mussten wir bereits seit 1994 für das Finanzamt und die Sozialversicherungen genau festhalten, wer wie viel gearbeitet hat.

? Also alles okay mit dem Mindestlohngesetz?

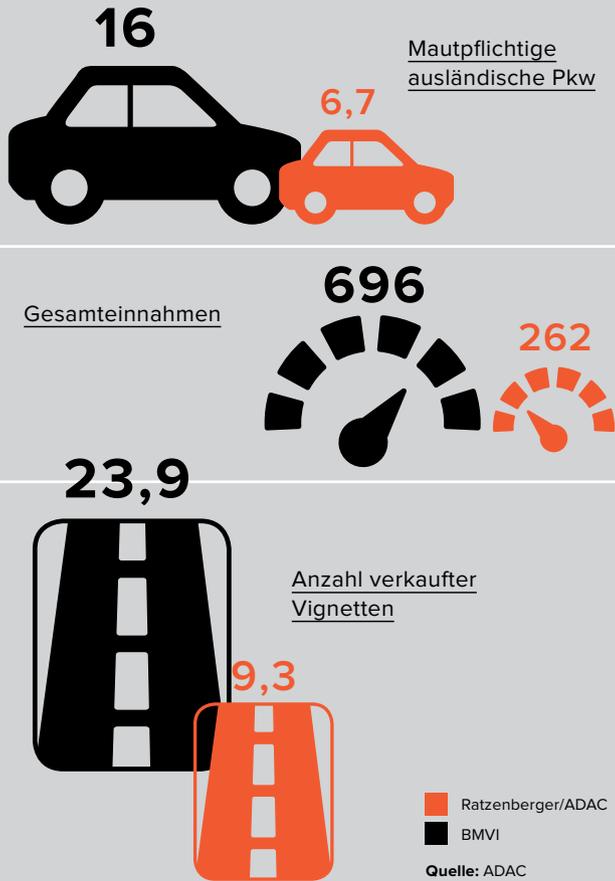
— Im Detail besteht durchaus Verbesserungsbedarf. Etwa bei der Grenze von 2.958 Euro: Arbeitgeber müssen bis zu diesem Monatseinkommen Beginn, Dauer und Ende der Arbeitszeit dokumentieren und für zwei Jahre nachweisen. Dieser Wert, er sollte ursprünglich sogar 4.500 Euro monatlich betragen, ist in der Praxis immer noch zu hoch. Eigentlich sind nur die Einkommen zwischen 1.000 und 2.000 Euro interessant. Hier besteht das größte Risiko für Schwarzarbeit. Zugleich plädiere ich dafür, dass die Arbeitszeiten nicht wie jetzt einmal pro Woche, sondern nur einmal pro Monat festgehalten werden müssen.

? Und wie steht es um die Haftung?

— Auch hier ist der Gesetzgeber womöglich etwas übers Ziel hinausgeschossen. Gleichwohl empfinde ich den Trend zum Sub-Sub-Sub-Unternehmer als alles andere als gut. Aber das liegt nicht in meiner Macht. Was aber nicht sein kann, ist, dass ich als Unternehmer für alle Sub-Sub-Sub-Unternehmen in einer Vertragskette die Hand ins Feuer lege. Es genügt, wenn ich bei meinem Firmenpartner und vielleicht noch einem Subunternehmer nachfrage, wie es dort um den Mindestlohn bestellt ist.

Seit Oktober 2013 sitzt Antje Lezius für die CDU im Deutschen Bundestag. Die 55-Jährige vertritt dort den Wahlkreis Kreuznach, Rheinland-Pfalz. Zwischen 1998 und 2007 leitete die gelernte Industriekauffrau, Betriebswirtin und Unternehmensberaterin in Idar-Oberstein die größte BP-Station Deutschlands (später: Aral).

**BERECHNUNGEN IM VERGLEICH
IN MIO EURO PRO JAHR**



**ZWEIFEL
AN DEN
BERLINER
ZAHLEN**

Rund 700 Millionen Euro hofft Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) mit der geplanten Autobahnmaut für Ausländer einzunehmen. Das wird nichts, fürchtet der Verkehrswissenschaftler Ralf Ratzenberger, der im Auftrag des ADAC eine eigene Prognose erstellt hat. Während das Mi-

nisterium mit 16 Millionen ausländischen Pkw rechnet und von 24 Millionen verkauften Vignetten ausgeht, erwartet Ratzenberger nur 6,7 Millionen Pkw und 9,3 Millionen Vignetten. Die damit erlösten 262 Millionen Euro reichen laut Studie nicht einmal aus, um die Systemkosten zu decken. ■



**Irrsinn in
Irsching**



Die Betreiber des hochmodernen Gaskraftwerks Irsching bei Ingolstadt haben die Notbremse gezogen. Bei der Bundesnetzagentur beantragten sie, die beiden erst 2010 beziehungsweise 2011 ans Netz gegangenen Kraftwerksblöcke zum 1. April 2016 abschalten zu dürfen. „Um keine roten Zahlen schreiben zu müssen, sehen die Eigentümer keine Alternative zu einer Stilllegungsanzeige“, erklärten die Betreiber des Blocks 5, Eon und die Regionalversorger Mainova aus Frankfurt, N-Ergie aus Nürnberg und HSE aus Darmstadt. Und Bayern ist kein Einzelfall: Gaskraftwerke sind durch die Energiewende massiv unter Druck geraten, weil der Boom von Wind- und Solarenergie die Strompreise im Großhandel drückt. „Im gesamten Jahr 2014 hat das Kraftwerk zu keiner Stunde Strom für den Markt produziert“, heißt es in einer Mitteilung der Betreiber. Irsching 4 und 5 seien 2014 lediglich zur Stabilisierung des Stromnetzes zum Einsatz gekommen. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat bereits in Aussicht gestellt, dass die Netzagentur der Stilllegung widersprechen wird, wenn sie Irsching als wichtig für die Netzstabilität einstuft – was nach bisherigen Analysen der Bundesnetzagentur für so gut wie jedes Kraftwerk südlich der Main-Linie gilt. Weist die Behörde den Antrag ab, sind die Betreiber laut Reservekraftwerksverordnung gezwungen, das Kraftwerk gegen eine geringe staatliche Aufwandsvergütung weiterzubetreiben. ■

DEUTSCHLAND KOMMT NICHT VORAN

Die Bundesregierung bezeichnet Deutschland gern als Vorreiter in Sachen Energieeffizienz. Tatsächlich erreicht das Land der Energiewende im europäischen Vergleich nur Platz 4 hinter Malta, dem Vereinigten Königreich und Litauen. Dies ist das Ergebnis einer Analyse von Experten des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI). Noch schlechter sieht es bei den Energieeffizienzfortschritten der vergangenen Jahre aus. Dabei stehen in-

Deutschland steht beim Niveau der Energieeffizienz noch auf einem vorderen Platz ...

1. Malta
2. Vereinigtes Königreich
3. Litauen
- 4. DEUTSCHLAND**
5. Slowakei
- ...

... erzielte aber seit 2000 nur vergleichsweise bescheidene Fortschritte:

- ...
15. Schweden
16. Kroatien
17. Irland
- 18. DEUTSCHLAND**
19. Zypern
- ...

dem EU-Durchschnitt von 1,3 Prozent und somit auf Platz 18. Die Untersuchungen des ISI fußen auf dem Energieeffizienzindex ODEX, der die Effizienzfortschritte in den verschiedenen Sektoren zu einem Gesamtindikator bündelt. Ökonomische Potenziale für weitere Verbesserungen der Energieeffizienz sind laut Dr. Wolfgang Eichhammer vom ISI durchaus vorhanden: „Bis 2030

könnte die Energienachfrage im Vergleich zu heute noch um 25 Prozent vermindert werden“, ist Eichhammer überzeugt. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel wäre die großflächige Modernisierung des Heizungsbestands, die sogenannte Energiewende im Keller. Aber die seit langem diskutierte und von vielen Experten geforderte steuerliche Förderung entsprechender Einzelmaßnahmen ist jüngst wieder einmal politisch gescheitert (mehr dazu ab Seite 6). ■

DAIMLER SCHLIESST BATTERIEFABRIK



Akkumulatoren für Elektroautos haben Zukunft – aber ganz offenbar nicht in Deutschland. Zumindest hat der Automobilhersteller Daimler laut *Manager Magazin* angekündigt, die einzige Fabrik, die hierzulande entsprechende Zellen herstellt, zu schließen. Nur noch bis zum vierten Quartal 2015 wird die Daimler-Tochter Li-Tec im sächsischen Kamenz Akkuzellen produzieren. „Unsere Zellen sind zwar sehr gut, aber bei den derzeitigen Produktionszahlen viel zu

teuer“, zitierte der *Spiegel* Daimler-Manager Harald Kröger zu den Plänen des Konzerns. Erst Massenproduktion mache solche Fabriken rentabel. Der Plan von Daimler, andere Autokonzerne als Partner zu beteiligen, um gemeinsam Zellen für E-Mobile herzustellen, ging jedoch nicht auf. Die Regierung hält unterdessen unbeirrt an ihrem Ziel fest, bis 2020 eine Million Elektroautos auf der Straße zu haben. ■

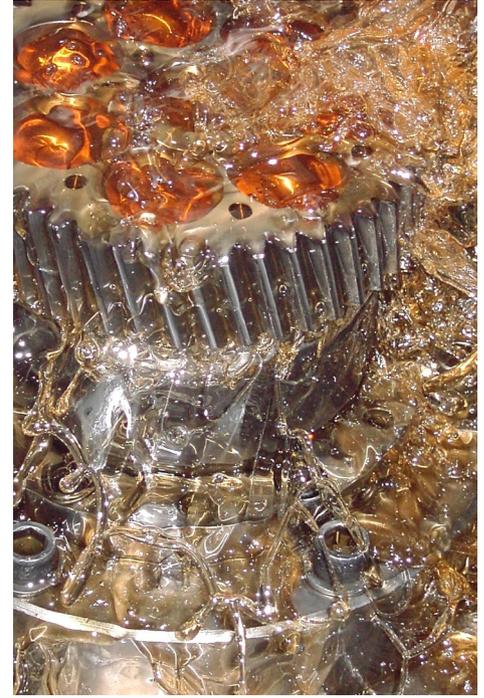
DAS PARFÜM



... Jean-Baptiste Grenouille (gespielt von Ben Whishaw, Foto), der angesichts eines neuen Herrendufts vielleicht seine hochbegabte Nase rümpfen würde. Doch dem Protagonisten aus „Das Parfüm“, der Tom-Tykwere-Verfilmung des gleichnamigen Romans von Patrick Süskind, blieb die eigenwillige Produktinnovation des Autobauers Volkswagen vorenthalten. „Mémoire de Pétrole“ heißt der Duft, den VW am Rande der Berliner Fashion Week vorgestellt hatte. In ersten Testberichten heißt es, das Parfüm dufte – wie der Name besagt – tatsächlich ein wenig nach Benzin. Neugierige und Benzinfans können „Mémoire de Pétrole“ online bestellen. Sie sollten allerdings schnell sein, da der Duft in limitierter Auflage erschienen ist. Das Ganze ist natürlich vor allem ein Werbegag – um den angeblich nahenden Abschied von den Benzinern und das Zeitalter der E-Autos einzuläuten ...

47

So viele Anträge auf Stilllegungen konventioneller Kraftwerke liegen laut *Handelsblatt* bei der Bundesnetzagentur vor. Der Grund: Die Besitzer machen mit ihren Anlagen Verluste, weil vermehrt und bevorzugt Strom aus erneuerbaren Quellen ins Netz gespeist wird (mehr dazu in der Meldung „Irrsinn in Irsching“). Dennoch müssen die Versorger Anlagen weiterbetreiben, die unter die Reservekraftwerksverordnung fallen. Die war allerdings nur für bereits abgeschriebene Anlagen gedacht. An den hohen, noch laufenden Kapitalkosten für ihre Investitionen bleiben die Kraftwerkseigentümer nun sitzen.



Es läuft wie geschmiert:

Ein Blick in die hochmoderne Schmierstoffproduktionsanlage am Standort Ulm-Nord (links). Das Bild rechts zeigt einen Bantleon-Kühlschmierstoff im Einsatz.

Tüftler mit Weitblick

TEXT Frank Burger

Der mittelständische Schmierstoffspezialist Bantleon aus Ulm hat sich schon um Nachhaltigkeit bemüht, als die meisten Firmen den Begriff nur vom Hörensagen kannten. Heute gilt bei den Schwaben für alle Unternehmensfelder der Imperativ „Bedenke, welche Folgen dein Handeln hat!“

Schwaben sind erfinderisch, sparsam und ein bisschen stur. Von einer guten Idee lassen sie sich nicht so schnell abbringen, auch wenn sie zunächst auf Skepsis stoßen. Klischees, natürlich, aber mit einem wahren Kern. Es ist kein Zufall, dass es in Schwaben so viele traditionsreiche mittelständische Unternehmen gibt, die sich mit Einfallsreichtum zu Marktführern entwickelt haben, die ihrer Heimatregion die Treue halten und zugleich Kunden in aller Welt beliefern. Die Sparsamkeit, die man den Menschen im Ländle nachsagt, kann sogar die Basis für den Leitgedanken einer Firma sein.

So wie bei der Hermann Bantleon GmbH aus Ulm, deren Kerngeschäft die Entwicklung, die Herstellung und der Vertrieb von Hochleistungsschmierstoffen für die metallverarbeitende Industrie und den Automobilsektor ist. Die Basis der Produkte ist das endliche Erdöl, was

sie zu einem knappen und wertvollen Gut macht, das möglichst effizient eingesetzt werden sollte. Bantleon hat früh ein Konzept entwickelt, wie dieser Anspruch zu erfüllen sei – einer der ersten Schritte in Richtung Nachhaltigkeit, die heute auf allen Unternehmensfeldern wirksam ist: von der Produktion über die Beratung von Kunden und Zulieferern bis hin zu Weiterbildung und Unternehmensentwicklung. „Nachhaltigkeit setzt für uns ein ökologisches Gleichgewicht, die ökonomische Sicherheit und eine soziale Gerechtigkeit voraus“, sagt Heribert Großmann, Bantleon-Geschäftsführer. „Diese Grundsätze haben wir mit der Implementierung der DIN ISO 26000, einer Norm zur gesellschaftlichen Verantwortung im Mittelstand, auch formal festgehalten.“ Den Aspekt der Umweltverträglichkeit hat Bantleon allerdings schon in den 1990er-Jahren angepackt: „Vor 20

Jahren waren wir Branchenpionier mit der Dienstleistung am Schmierstoff, dem Fluidmanagement, also der Pflege, Wartung und Instandhaltung von Kühlschmierstoffen am Einsatzort“, sagt Großmann. Bantleon unterstützte den Kunden bei gesetzlich vorgeschriebenen Messungen und Dokumentationen und schaffte es auf Anhieb, den Verbrauch an Schmierstoffen im ersten Jahr um rund 20 Prozent zu senken. Großmann erinnert sich: „Dafür wurden wir von anderen Unternehmen erst ein bisschen belächelt, mit dem Hinweis auf drohende Mengenverluste. Heute bieten viele Fluidmanagement an.“ Die Dienstleistung schaffe und erfordere ein vertrauensvolles Verhältnis zum Kunden, sagt Großmann, da beide Seiten eng zusammenarbeiten müssten. „Nicht umsonst nennen wir unsere Kunden Partner. Mit manchen unterhalten wir schon seit Jahrzehnten eine Geschäftsbeziehung, ebenso wie zu vielen Lieferanten. Das ist für uns auch ein Aspekt von Nachhaltigkeit.“

Behutsames, stetiges Wachstum

Dazu zählt ebenso das behutsame, aber stetige Wachstum des Unternehmens. Nach der Gründung 1918 handeln die Firmenväter Hermann Bantleon und Richard Umbach mit Leder-, Huf- und Wagenfetten, Speiseöl und Waschpulver. Die eigene Herstellung beginnt in den 1950ern, in den folgenden Jahrzehnten baut Bantleon sein Produkt- und Dienstleistungsspektrum aus – und seinen Kundenstamm: „Wir waren erst um Ulm herum aktiv, dann in ganz Deutschland, kurz nach der Wende haben wir eine Niederlassung in Crimmitschau bei Zwickau gegründet. Und schließlich sind wir im Zuge der Globalisierung mit unseren großen Kunden mitgegangen, wir beliefern sie in 40 Ländern durch ein autorisiertes Partnernetz“, sagt Gerhard Gaule, technischer Leiter und Prokurist bei Bantleon.

Das aktuelle Portfolio umfasst außer Schmierstoffen und daraus abgeleiteten Dienstleistungen unter anderem Reinigungs- und Konservierungsmedien sowie Korrosionsschutzverpackungen. Produziert wird ausschließlich in Ulm, „denn nur so können wir die konstant hohe Qualität sicherstellen, die unsere Kunden erwarten“, erklärt Gaule – obwohl auch in Brasilien oder China Produktionskapazitäten vorhanden seien.



„Nachhaltigkeit setzt für uns ein ökologisches Gleichgewicht, die ökonomische Sicherheit und eine soziale Gerechtigkeit voraus.“

Heribert Großmann,
Bantleon-Geschäftsführer

In Ulm und Crimmitschau beschäftigt das Unternehmen insgesamt rund 200 Mitarbeiter – allein knapp 30 im Forschungsbereich. Das Optimierungspotenzial ist groß, denn die Produkte können immer noch umweltfreundlicher und langlebiger und nachhaltiger werden. Außerdem verlangt die sich ändernde Gesetzeslage den Herstellern einiges ab.

Weitere Schlüsselfaktoren des Nachhaltigkeitskonzepts sind die Aus- und Weiterbildung. Dafür kooperiert Bantleon mit Hochschulen, ermöglicht Studenten Praktika und Abschlussarbeiten und engagiert sich bei „Jugend

forscht“. Doch in Ulm hat man im wahren Sinne des Wortes noch Größeres vor: Derzeit beginnen die Bauarbeiten für das Bantleon-Forum für Wissen und Dialog. Das Schulungsgebäude erweitert die seit 2012 bestehende Firmenakademie, die an räumliche und organisatorische Grenzen gestoßen ist. Im Forum sollen nicht nur eigene Mitarbeiter geschult werden, sondern auch Beschäftigte anderer Unternehmen der Branche sowie von Kunden und Lieferanten. „In den Seminaren lernen unsere Partner unter anderem, wie sie Bantleon-Produkte am besten verwenden, wie sie die Qualität ihrer eigenen Produktion optimieren und die Sicherheit ihrer Prozesse gewährleisten können“, sagt Großmann. Das Fortbildungsangebot umfasst zudem Themen wie Mitarbeitermotivation, Finanzplanung, Stressmanagement oder Maschinenrichtlinien.

„Wir möchten mit dem Forum ein Dienstleister im Bereich Ausbildung, Weiterbildung und Information werden“, sagt Großmann. „Das macht Bantleon auch als potenziellen Arbeitgeber attraktiver. Employer Branding spielt bei uns eine große Rolle, denn den Fachkräftemangel spüren wir deutlich. Und ohne Nachwuchs keine Nachhaltigkeit.“



Von Ulm in die Welt:

Die Kunden sind heute über den Globus verteilt. Stammsitz von Bantleon ist aber noch immer die Stadt an der Donau.



GELD FÜR GUTES

Verantwortung endet nicht an der Pforte: Bantleon unterstützt soziale und karitative Projekte sowie Einrichtungen im In- und Ausland. Die Firma hat unter anderem Inkubatoren für Frühgeborene an der Uniklinik Ulm und Babyschlafsäcke für intensivpflegebedürftige Kinder mitfinanziert, ebenso eine neue Küche für den örtlichen Förderkreis für tumor- und leukämiekranken Kinder, Wassertanks für eine Schule in Uganda und den Neubau eines dortigen Kindergartens, außerdem den Spielplatz des Kinderheims in Crimmitschau. Bantleon spendet regelmäßig Energie als Sachleistung für die Ulmer „Aktion 100.000“, die notleidenden Menschen aus der Region hilft, und engagiert sich bei „Spielend helfen“, einem Golfturnier zugunsten der Kinderkrebsklinik Katharinenhöhe. www.bantleon.de

Grüne Märchenwelten

TEXT Florian Sievers

Nach 30 Jahren Umweltgesetzgebung hat sich die Öko-Bürokratie hierzulande in manchen Bereichen regelrecht verselbstständigt. Viele ihrer Maßnahmen und Gesetze schaden der Umwelt unter dem Strich mehr, als dass sie nutzen.

↓
Problematischer Verbund:

Eine Herausforderung bei der Entsorgung stellen die riesigen Rotorblätter dar. Sie lassen sich nicht weiterverwerten, weil sie aus Verbundwerkstoffen bestehen, die nicht mehr oder nur sehr schwer in einzelne Bestandteile trennbar sind.



LITHIUM-IONEN-BATTERIEMODUL

Wohin damit?

Geht es nach dem Willen der Politik, sollen sie bald millionenfach zum Einsatz kommen. Aber was geschieht nach Ablauf der Lebensdauer mit dem Sondermüll?

Elektroautos sind politisch gewollt, von Parlament und Kabinett. So hat der Bundestag Städten und Gemeinden gerade erst das Recht eingeräumt, kostenlose Parkplätze für E-Autos zu reservieren und ihnen die Nutzung von Busspuren zu erlauben. Und die Bundesregierung will den Bestand von Elektrofahrzeugen – also Pkw, die ihre Antriebsenergie zumindest teilweise aus dem Stromnetz beziehen und in Batterien speichern können – von derzeit rund 20.000 Fahrzeugen auf eine Million bis zum Jahr 2020 drastisch erhöhen. Das klingt toll, aber was bringt das für die Umwelt? Eher wenig, vielleicht sogar mehr Schaden als

Nutzen. Denn wie viel klimabelastendes CO₂ die Elektromobilität einspart, hängt ganz davon ab, wie der Strom erzeugt wird, den sie verbraucht. Deutschland versorgt sich momentan vor allem über Braun- und Steinkohle mit Strom – mehr als 43 Prozent stammen von den CO₂-intensiven Energieträgern.

Aber nicht nur das. Es gibt auch immer noch keine wirtschaftlich und ökologisch tragfähigen Modelle dazu, wie die häufig verwendeten Lithium-Ionen-Batterien der Elektroautos in großem Maßstab wiederverwertet werden können. Zudem verbraucht die Produktion der E-Mobile überdurchschnittlich viele

Ressourcen, zum Beispiel seltene Erden, die in China mit rabiaten Methoden abgebaut werden. So subventioniert die Politik mit Milliarden Euro eine Technologie, deren Nutzen für die Umwelt ziemlich zweifelhaft ist. Schon 2012 und 2013 gab die Regierung für die Förderung batteriebetriebener Fahrzeuge eine Milliarde Euro aus.

Die Posse mit der Elektromobilität ist eine von vielen Maßnahmen im Kontext der sogenannten Energiewende, die unterm Strich betrachtet alles andere als umweltfreundlich sind. Nach gut 30 Jahren Umweltgesetzgebung hat sich hierzulande eine Öko-Bürokratie etabliert – und in manchen Bereichen verselbstständigt. „Ein ganzes Milieu hinterfragt sich nicht mehr, sondern hat sich in einer grünen Märchenwelt eingerichtet“, sagt Alexander Neubacher, *Spiegel*-Redakteur und Autor des Buchs „Ökofimmel: Wie wir versuchen, die Welt zu retten – und was wir damit anrichten“ (siehe Kasten). Neubacher, nach eigener Aussage lange Greenpeace-Mitglied, bezeichnet sich immer noch als Umweltschützer und er stellt klar, dass er den Klimawandel für ein ernsthaftes Problem hält. „Aber in der Ökoszene trifft man auf quasi-religiöse Überzeugungen, die sich von der Frage gelöst haben, ob es der Umwelt wirklich hilft, woran ich da glaube. Vieles ist gar nicht sinnvoll oder effektiv, sondern lediglich grüne Symbolik.“

Keine Wirksamkeitsnachweise

Natürlich: Bewegungen gegen das Waldsterben etwa oder für saubere Luft haben viel erreicht für Mensch, Natur und Umwelt. Aber inzwischen kommen immer häufiger neue Maßnahmen oder Technologien auf den Tisch, deren Wirksamkeit nicht erwiesen ist, die aber politisch gewollt sind. Während die Humanmedizin schon längst evidenzbasiert arbeitet und neue Behandlungen oder Medikamente sich über ihre empirisch belegte Wirksamkeit rechtfertigen müssen, ist die Umweltpolitik davon noch weit entfernt.

Ein Beispiel sind die laut Bundesverband Windenergie fast 25.000 Windräder, die inzwischen in Deutschlands Landschaften stehen und rund zehn Prozent des bundesweiten Stromverbrauchs decken. Nach circa 20 Jahren demontieren die Stromproduzenten diese Anlagen in der Regel wieder – vor allem, weil die

„Ein ganzes Milieu hinterfragt sich nicht mehr, sondern hat sich in einer grünen Märchenwelt eingerichtet.“

Alexander Neubacher,
Spiegel-Redakteur und Autor
des Buchs „Ökofimmel“

Lebensdauer abgelaufen ist. So legten die Unternehmen 2014 nach einer Erhebung des Beratungsunternehmens Windguard 544 Windräder still. Viele der Anlagen landen zwar auf dem Gebrauchtmärkte. Und wenn der nicht mehr infrage kommt, lassen sich Metallteile wie der Turm oder der Generator leicht recyceln.

Eine Herausforderung stellen jedoch die Gondeln sowie die riesigen Rotorblätter dar. Sie lassen sich nicht weiterverwerten, weil sie aus Verbundwerkstoffen bestehen, die nicht mehr oder nur sehr schwer in einzelne Bestandteile trennbar sind. Nach einer Untersuchung des Fraunhofer-Instituts für Chemische Technologie müssen hierzulande ab 2040 mehr als 20.000 Rotorblätter entsorgt werden – jedes Jahr. Lange Zeit wurden die Riesenflügel einfach mit Baggerscheren klein geschnitten und auf Deponien geworfen. Das ist inzwischen verboten. Stattdessen landen sie nun häufig geschreddert in den Brennöfen von Zementwerken – auch nicht gerade die feine Art der Entsorgung.

Untaugliche Rezepte

Auch Öko-Pionier Friedrich Schmidt-Bleek kritisiert in seinem Buch „Grüne Lügen“, dass die Rezepte der Politik nicht dafür taugen, die Umwelt zu retten. Schmidt-Bleek ist einer der Gründer der Umweltbewegung in Deutschland – und als Chemiker gewohnt, wissenschaftlich sauber auf die Fakten zu blicken. Viele Technologien wie energieeffiziente Autos oder Kühlschränke führen seiner Meinung nach in die Irre, weil sie nur auf den Schadstoffausstoß blickten. Die riesigen Verbräuche von Material und Energie bei der Herstellung – sogenannte graue Ener-

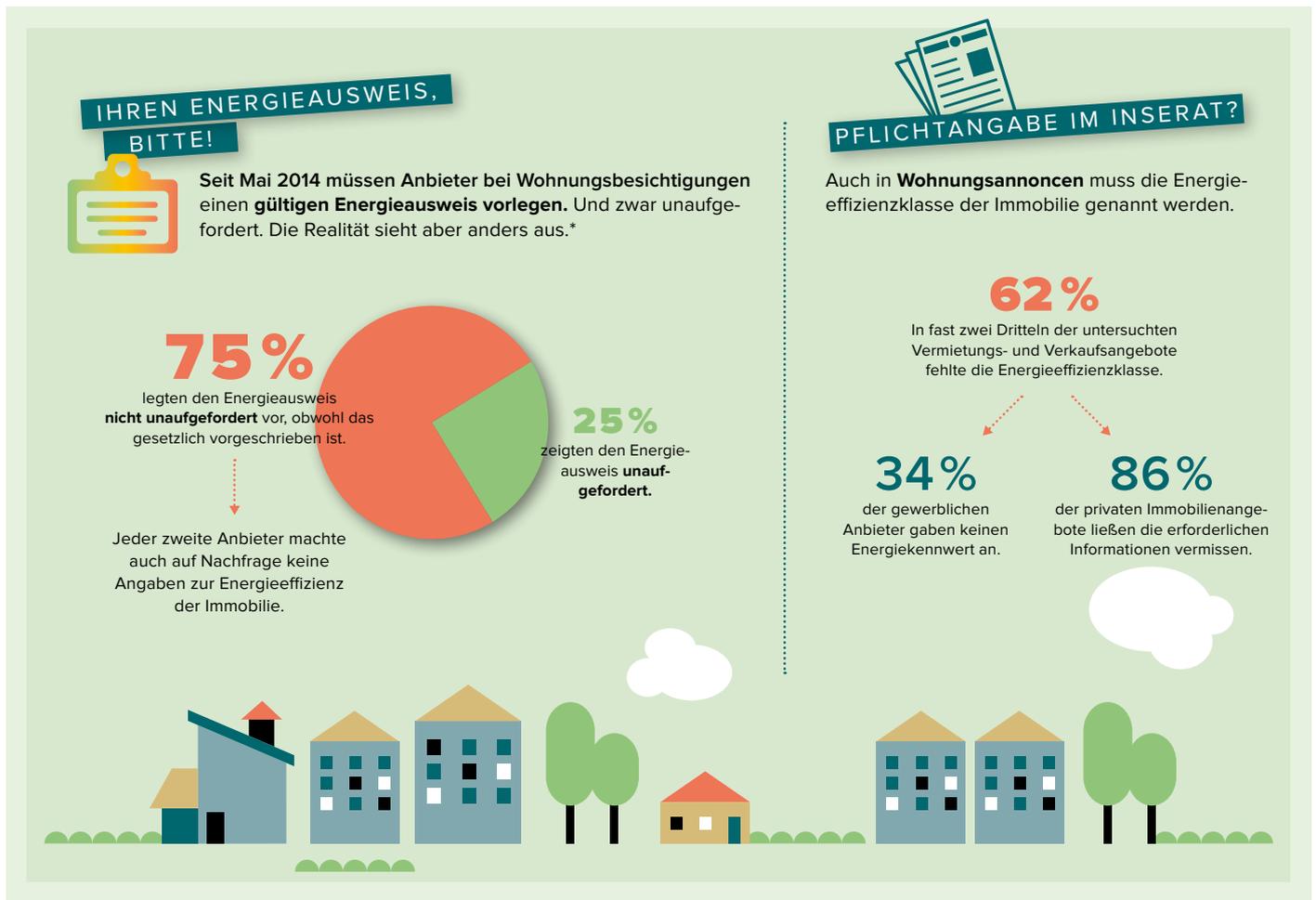
gie – bleiben dabei meist außen vor. So forderten etwa die als grün gepriesenen Photovoltaikpaneele bei ihrer Herstellung einen derart hohen Materialeinsatz, dass sie Schmidt-Bleek zufolge die Umwelt stärker schädigen als sie sie durch Solarenergieerzeugung entlasten. Wenn man den gesamten Ressourcenverbrauch berücksichtigt, erklärte der Wissenschaftler in der *Wirtschaftswoche*, liege die Energieerzeugung durch Photovoltaik in etwa gleichauf mit Atomkraft oder Gas. Mit Maßnahmen wie der Förderung der Photovoltaik würden laut Schmidt-Bleek nach dem Abschluss der Energiewende mehr Ressourcen verbraucht als vorher. Wie sagte schon Kurt Tucholsky: „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.“

BUCHTIPP:

„ÖKOFIMMEL“

In seinem 2012 erschienenen Buch „Ökofimmel: Wie wir versuchen, die Welt zu retten – und was wir damit anrichten“ klopft Alexander Neubacher die Umweltpolitik auf ihren Sinngehalt ab. Neubacher, Absolvent der Kölner Journalistenschule, ist Wirtschaftsredakteur im Hauptstadtbüro des *Spiegel* in Berlin. Als studierter Volkswirt ist er geübt, mit kühlem Kopf zu bilanzieren. Seine Kernthese: Umweltpolitik ist zwar meist gut gemeint – aber häufig nicht gut gemacht. Er plädiert stattdessen dafür, rational zu bleiben, um herauszufinden, was der Umwelt wirklich hilft und was reines Ritual ist.

„Ökofimmel“, Deutsche Verlags-Anstalt, München, 2012, 272 Seiten, 19,99 Euro



Zeigt der Energieausweis die Wahrheit?

SEK — DER PFLICHTPASS WIRD SELTEN GENUTZT – WAS MIT SEINEN MÄNGELN ZU TUN HAT

Seit Mai 2014 müssen Vermieter und Verkäufer von Wohnungen Interessenten einen Energieausweis vorlegen. Außerdem muss die im Ausweis angegebene Energieeffizienzklasse des Gebäudes im Inserat angegeben sein. Nach Einschätzung der Bundesregierung ist der Ausweis sowohl in der Immobilienbranche als auch den Miet- und Kaufinteressenten gut bekannt. Somit sei nicht zu befürchten, dass der Vorlagepflicht nicht nachgekommen werde, heißt es in der Antwort auf eine Anfrage der Grünen. Doch laut Deutschem Mieterbund handelt die Mehrheit der Immobilienanbieter anders. Ein möglicher Grund könnten die Effizienzklassen selbst sein. Denn anders, als es Verbraucher von weißer Ware kennen, lassen die Effizienzklassen bei Gebäuden keinen verbindlichen Rückschluss auf die warmen Betriebskosten des Hauses zu. So können beispielsweise für ein Gebäude, das mit einer hocheffizienten Öl-Brennwertheizung in Kombination mit erneuerbarer Energie wie einer Solaranlage versorgt wird, deutlich niedrigere Heizkosten anfallen als für eines, in dem eine ineffiziente Luft-Wärmepumpe mit schlechter Jahresarbeitszahl heizt. Die bessere Energieeffizienzklasse bekäme dennoch das Haus mit der Wärmepumpe. (avs)

Gemeinsam stark in allen Regionen.

Der Mineralölmittelstand in Deutschland.



Heizöl | Kraft- und Schmierstoffe | Pellets | Erdgas | Strom



UNITI – Der Mineralölmittelstand

Wir repräsentieren und versorgen in Deutschland*

66 über
Prozent
... der freien Tankstellen,

50 über
Prozent
... des Schmierstoffmarktes,

... täglich
4,5 Millionen
Kunden an ihren Tankstellen,

39 Prozent
... des Tankstellenmarktes,

42 Prozent
... des Marktes
für Autogas,

20 Millionen
... Menschen mit Wärme,

80 Prozent

... des Marktes für Flüssige
und Feste Brennstoffe.

* Alle Angaben sind Circa-Angaben (Stand Juli 2014)



Der Mineralölmittelstand
im Portrait

Energie bewegt uns **UNITI**

UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. · Jägerstraße 6 · 10117 Berlin
T. (030) 755 414-300 · F. (030) 755 414-366 · info@uniti.de · www.uniti.de